



Wie wichtig die Rolle engagierter Bürger bei Entsorgungsfragen sein kann, zeigte der Fall Kölliken: Erst mit dem Druck der Bevölkerung und dank der Medien wurde die Sondermülldeponie ab 2007 abgebaut.

BILD KEY

## Ein zweites Kölliken verhindern

Die Sicherheitsdebatte zum Endlager wird im Weinland befeuert durch Forderungen nach einer unabhängigen Ombudsstelle im Sachplanverfahren. Doch wie lernfähig ist das Verfahren im Hinblick auf regionale Bedenken?

Mark Gasser

MARTHALEN. Immer wieder fragen sich nicht nur Unbeteiligte beim Sachplanverfahren: Was bewirken eigentlich die regionalen Gremien wie die Fachgruppen der Regionalkonferenz, welche Entscheidungskompetenzen haben sie im Verfahren wirklich, ausser dass sie die Lage der Oberflächenanlage im Falle eines Endlagers mitbestimmen dürfen?

Zwei Mitglieder der Fachgruppe Sicherheit in der Regionalkonferenz Zürich Nordost, die sich bereits seit Jahren mit diesem Thema beschäftigen, präsentierten am Sonntag auf Einladung verschiedener atomkritischer Organisationen, allen voran Klari, im Feuerwehrgebäude Marthalen unter dem Motto Safety First vor rund 40 Interessierten ihre Vorstellungen zu Transparenz, Mitsprache und ihre diesbezüglichen Verbesserungsvorschläge.

### «Keine externe Qualitätssicherung»

Für die beiden Referenten, Ulrike Elliger aus Jestetten, die auch Vorsitzende des Vereins Hochrhein Aktiv ist, und Thomas Feer aus Unterstammheim, hat Sicherheit im Sachplanverfahren oberste Priorität. Dabei seien Risiken und Spannungen vorprogrammiert. Elliger nahm die Zuhörer auf eine Kriminalreise zurück in die Vergangenheit zur Sondermülldeponie in Kölliken AG. Während sieben Jahren waren hier direkt über dem Aaretal-Grundwasserstrom bis 1985 rund 475000 Tonnen teilweise hoch giftige Sonderabfälle abgelagert worden. Ermöglicht hatte die schnelle Realisierung der Pläne auch der Umstand, dass der Kanton Aargau durch personelle Verflechtung zugleich Deponiebetreiberin und oberste Kontrollbehörde war. Nach Bürgerprotesten ermöglichte erst der Gang über die Medien dank unabhängigen, in Auftrag gegebenen Studien transparente Resultate: Die Chemikalienkonzentration war massiv überhöht. Die Geschichte endete zwar mit einem Rückbau der Deponie – aber die Deponie gemahnt noch heute an diese grösste Altlast der Schweiz.

Mit dem Beispiel spielten die beiden Referenten auf ein aktuelles Problem der Endlagerpolitik an: Der Druck, eine Lösung zu finden, kombiniert mit der unsauberen Trennung der Verantwortlichkeiten, der Verharmlosung von Expertenkritik und dem Machbarkeitsglauben resultierte in mangelhafter Transparenz und schwindendem Vertrauen.

Diese Checks and Balances (Überprüfung und Ausgleich), die auch dank der Skepsis der



«Der Weg, damit unsere Erkenntnisse wirklich wahrgenommen werden, geht meist über die Öffentlichkeit.»

Ulrike Elliger  
Fachgruppe Sicherheit



«Wir hoffen, dass Konflikte in Etappe 3 des Sachplanverfahrens vom BfE besser bearbeitet werden.»

Thomas Feer  
Fachgruppe Sicherheit

Bevölkerung zustande kamen, seien auch im Endlagerverfahren nötig und müssten durch unabhängige Instanzen gewährleistet werden. Feer und Elliger nahmen dabei Bezug auf Prämissen der deutschen Sozialwissenschaftlerin Sophie Kuppler, welche den Einfluss von unabhängigen Kontrollgremien und von Minderheiten in verschiedenen Endlagerverfahren weltweit vergleicht. Dabei legt sie speziellen Fokus auf den Umgang mit Sicherheitsfragen und mit der Transparenz.

Die Rolle der vermeintlich unabhängigen Ombudsstelle hat im Schweizer Verfahren der Ausschuss Beirat Entsorgung inne, welcher das Uvek berät, eine Aussensicht aufs Verfahren gewährleisten soll und den Dialog unter allen Beteiligten fördern und so mithelfen soll, Prozessrisiken und -blockaden frühzeitig zu erkennen. Dass die Projektleitung vom Bundesamt für Energie (BfE) aber das Sekretariat inne hat, betrachtet die Untergruppe Prozesssicherheit, welche der Fachgruppe Sicherheit entsprungen ist, als kritisch.

In Schweden gibt es gar zwei unabhängige Gremien, die das Vorgehen des dortigen Nagra-Pendants bei der Entsorgung beaufsichtigen: ein Umweltgericht und eine Strahlenschutzbehörde. Erstere sagte kürzlich Nein zu den Entsorgungsplänen und den geplanten Kupferkanistern. Nun liege der Ball bei der Regierung. Transparenz machte Elliger unter anderem an der Offenlegung von Protokollen im Auswahlprozess fest. Zwar zeigte sich das Sachplanverfahren hier und da lernfähig diesbezüglich, etwa bei der «von unten» geforderten Schaffung einer Fachgruppe Sicherheit in der Regionalkonferenz oder bei der Verlängerung des Sachplanverfahrens. Doch würden meist erst nachträglich Protokolle zur Verfügung gestellt.

### Gefahr einer Scheintransparenz

In Deutschland wird einer Begleitkommission – ebenfalls eine Art Ombudsstelle, die auch mit zufällig gewählten Bevölkerungsvertretern bestückt ist – beim dortigen Endlagerverfahren Einsicht in alle Protokolle gewährt. Die Sitzungen der deutschen Endlagerkommission, die per Livestream übertragen werden, führe dazu, «dass alle Theater spielen». Diese Scheintransparenz sei die Kehrseite der totalen Transparenz – das fanden unisono Kritiker, Behördenmitglieder und Kantonsvertreter auf Anfrage der Fachgruppe: «Wenn alles offengelegt wird, wird auch klar, dass vieles nicht mehr im Protokoll stehen wird.»

Philipp Senn, einer der beiden anwesenden Nagra-Vertreter (das BfE glänzte durch Abwesenheit), meinte in der Fragerunde zwar, dass die Nagra versuche zuzuhören und die Informationen bürgernah zu transportieren. Letzteres sei bislang im Sachplanverfahren gut gelungen, attestierte Elliger. Bei Nichtwissen und offenen Fragen hätten aber sowohl BfE als auch Nagra «Angst, schwierige Themen zu kommunizieren». Gerade die offene Kommunikation über Unsicherheiten könne dabei nachhaltig für mehr Vertrauen sorgen. «Was passiert, wenn defensiv informiert wird, hat man in Kölliken oder bei der Berichterstattung über die «heisse Zelle» in den Oberflächenanlagen 2015 gesehen», so Elliger.

Feer fasste zusammen, wo die Fachgruppe Verbesserungspotenzial im Sachplanverfahren sieht: «Wir hoffen, dass Konflikte in Etappe 3 vom BfE registriert und professioneller bearbeitet werden.» Denkbar wäre eine Mitarbeit im Beirat Entsorgung. «So oder so: Minderheitsmeinungen müssten in Etappe 3 deutlich und im Sachplanverfahren gestärkt und besser institutionalisiert werden.» Die Entscheide im Hinblick auf ein Tiefenlager würden nun immer wichtiger. Das müsse in einem unabhängigen Gremium auf Augenhöhe mit dem BfE erfolgen, «welches die Inputs respektiert und integriert ins Sachplanverfahren». Das sei allein schon angesichts der Grenzlage nötig, um die deutschen Nachbarn vermehrt ins Boot zu holen.

Die kritische Haltung zu Transparenz und Prozesssicherheit hat die Fachgruppe im Gesamtbericht der Regionalkonferenz einfließen lassen. Auf die Frage der Schaffhauser ÖBS-Grossstadträtin Iren Eichenberger, ob solche Ergänzungen eine Rolle beim Standortentscheid spielen könnten, war Elliger skeptisch. Stellungnahmen würden in der Regel in Form von Objektblättern zuhänden des Bundesrates festgehalten: «Aber der Weg, damit unsere Erkenntnisse wirklich wahrgenommen werden, geht meist über die Öffentlichkeit.» Neben der kleinen kritischen Öffentlichkeit waren an der Matinee nur zwei Medienvertreter anwesend. Wie multipliziert man jetzt Erkenntnisse der Region, etwa die Forderung nach «Killerkriterien» fürs Verfahren? Kämpferisch zeigte sich Feer – in Anlehnung an Kölliken: «Wichtig ist, dass wir eine Öffentlichkeit geschaffen haben, und dass weitere Kreise das in ihre Diskussion aufnehmen.» Das BfE habe kein Sensorium für Öffentlichkeit, Druck könne nur über die Medien und die Politik erzeugt werden.

## Spektakuläre Fällaktion und ein heisser Schüblig

WALTALINGEN. Am Samstagvormittag fand im Waltalinger Wald die letzte der vier Brennholzganten im Stammertal in Guntalingen statt. Dabei standen nebst dem Brennholzverkauf insbesondere – wie teilweise bei den übrigen Ganten im Tal – die Folgen von Sturm Burglind, aber auch der Auguststurm sowie der Borkenkäfer im Fokus.

Für die eigentliche Brennholzgant hat das Forstteam 83 Ster bereitgestellt, davon waren deren 33 bereits einjährig. Mit wenigen Worten erklärte Revierförster Christian Bottlang die Gantbedingungen: Um das ausgerufene Los konnte jeweils in 5-Franken-Schritten geboten werden. Als Gantsekretär wirkte Gemeindepräsident Martin Zuber, der Menge, Preis und Losnummer sowie den neuen Besitzer registrierte. Doch im Schnitt wurde weniger geboten, sodass fast alles bereitgestellte Holz grösstenteils zum Anschlag den Besitzer wechselte.

Der kurz vor dem Qualifikationsverfahren stehende Forstwartlehrling Oliver Reinhard demonstrierte die Fällung einer vom Sturm stark geneigten Fichte. «Der Stamm steht unter einer sehr gefährlichen Spannung. So ist das Fällen sehr anspruchsvoll, da dabei der Stamm nicht aufgerissen und somit das Holz minderwertig wird», erklärte Bottlang. Doch Reinhard trennte den Fallkeil sehr exakt heraus. Danach folgte der eigentliche Fällschnitt, wobei er darauf achtete, dass ein kleines Band auf der Rückseite des Stamms noch hielt. Zum Schluss setzte Reinhard dann schräg zum Schlussschnitt an, und die Tanne fiel unter lautem Getöse und gefolgt von Applaus so, wie es der Fäller vorgehen hatte.

### Keine Holzgant ohne Schüblige

Zum Abschluss bereiteten Metzger Ernst Schwarzer und Gemeindearbeiter Fritz Kuriger bei der Weiherhütte, welche mittlerweile sturmbedingt nicht mehr von dichtem Wald umgeben war, im grossen Kessel über dem offenen Feuer die speziellen Holzgantschüblige. Zusammensetzung und Rezept bleiben bekanntlich ein Geheimnis.

Auch nach der Holzgant 2018 müssen die Waltalinger nach der Fusion mit der Gemeinde Stammheim nicht auf die Holzgant und den Schüblig verzichten. Alle vier mit Unter- und Oberstammheim, Guntalingen und Waltalingen werden auch im kommenden Jahr durchgeführt. (RoMü)



Metzger Schwarzer fischt aus dem Kessi die gegarten Schüblige. BILD R. MÜLLER